

# GRÜNE RUNDSCHAU

Herausgeber:

Bündnis 90 / Die Grünen

Grün-Alternative Liste Leimen



## Leimen

GRÜN-Alternative  
LISTE LEIMEN

*ökologisch*

*sozial*

*basisdemokratisch*

*gewaltfrei*

Nummer 29

Mai 2005

## Feinstaub in Leimen

Gutachten geht von massiven Überschreitungen der Grenzwerte aus



*Das alltägliche Verkehrschaos in der Rathausstraße*

1999 hat die EU eine Richtlinie erlassen, in der ab 1. Januar 2005 Grenzwerte für die Belastung der Bevölkerung mit Feinstaub festgelegt wurden. Die Mitgliedsstaaten hatten also sechs Jahre Zeit, um Maßnahmen einzuleiten, damit diese

Grenzwerte auch eingehalten werden. In Deutschland hat man diese Richtlinie mehr oder weniger ignoriert, und jetzt wird von fast allen Politikern so getan, als ob diese Richtlinie plötzlich über Nacht über uns hereingebrochen ist. Hef-

tige Aktivität wird vorgetäuscht, denn diese Richtlinie hat einen entscheidenden Vorteil für die Bürger: Sie haben jetzt einen Rechtsanspruch auf Einhaltung der Grenzwerte und können bei Überschreitungen klagen.

## Fortsetzung Feinstaub in Leimen

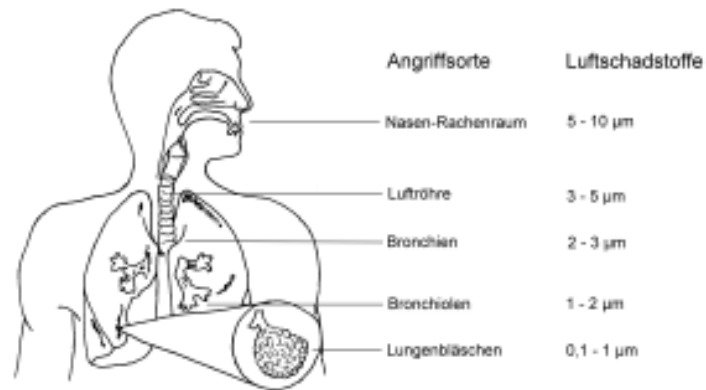
Feinstaubpartikel werden nach der Größe unterschieden. In der EU-Richtlinie werden Grenzwerte für PM10-Staub festgelegt. Das ist der Teil des Staubes, der aus Partikeln besteht, die kleiner als 10 µm (Mikrometer) sind. Es sind ferner noch die Werte PM2,5 (für Partikel kleiner als 2,5 µm) und PM0,1 (für Partikel kleiner als 0,1 µm) üblich. Je kleiner die Partikel sind, desto gefährlicher sind sie für die Gesundheit. Staubteilchen, die größer als 10 µm sind, werden im Nasen-Rachenraum ausgefiltert und gelangen nicht in den Lungentrakt. Je kleiner die Partikel sind, desto tiefer gelangen sie in die Lunge, und die kleinsten Teilchen (PM-0,1) können sogar durch die Wände der Lungenbläschen ins Blut übergehen. Die Wirkung der Feinstäube reicht von einer vorübergehenden Beeinträchtigung der Atemwege bis zu einer Zunahme der Sterblichkeit bei Atemwegserkrankungen und Herz-Kreislauf-Problemen. Schätzungen gehen davon aus, dass in Deutschland pro Jahr 65.000 Menschen durch Feinstäube vorzeitig sterben.

Die EU schreibt vor, dass der Jahresmittelwert an PM10-Staub an keiner Stelle den Wert von 40 µg (Mikrogramm = 1 millionstel Gramm) pro Kubikmeter Luft übersteigt. Ferner darf der Tagesmittelwert von 50 µg /m<sup>3</sup> an höchstens 35 Tagen im Jahr überschritten werden. Diese Regel soll sicherstellen, dass extrem hohe Staubkonzentrationen, wie sie bei Inversionswetterlagen auftreten können, den Behörden nicht zur Last gelegt werden können.

Im Verdichtungsraum Heidelberg, der sich entlang der Bergstraße von Weinheim bis Wiesloch erstreckt, wird die Hälfte des Feinstaubes (PM10) vom Straßenverkehr und 40 Prozent von der Industrie erzeugt. Leimen ist (noch vor Heidelberg) die Gemeinde, in der am meisten PM10-Staub erzeugt wird. Der mit Abstand größte

Feinstaubproduzent im Verdichtungsraum Heidelberg ist das Zementwerk Leimen, das alleine für fast ein Viertel des Feinstaubausstoßes verantwortlich ist. Und dieser Feinstaub besteht nicht nur aus den weniger gefährlichen größeren Partikeln. Das Zementwerk in Leimen hat zwei Lepolöfen sowie elektrostatische Filter. Laut einer Studie des Umweltbundesamtes besteht bei dieser Art von Anlagen mehr als 50 Prozent des Feinstaubes aus dem feineren PM2,5-Staub. Die Feinstaubemissionen des Zementwerks werden durch den hohen Schornstein über eine große Fläche verteilt, so dass bei normaler Wetterlage die Belastung in der Umgebung des Zementwerks unterhalb der Grenzwerte bleiben.

Ablagerung von Feinpartikeln im menschlichen Atemtrakt



Überschreitungen der Grenzwerte werden im Allgemeinen durch den Straßenverkehr hervorgerufen. Die Feinstäube setzen sich aus den Abgasen der Dieselfahrzeuge und dem Reifenabrieb zusammen. In engen Straßenschluchten mit viel Verkehr und insbesondere mit hoher Stauhäufigkeit kann mit Überschreitungen gerechnet werden.

2004 wurde im Zusammenhang mit den Bemühungen der Stadtverwaltung, die vom Verwaltungsgericht gekippte innerörtliche Umgehung doch noch zu eröffnen, ein Gutachten erstellt, in dem die Feinstaubbelastung im Stadtkern rechne-

nisch ermittelt wurde. Für den am stärksten belasteten Abschnitt der Rathausstraße ergab sich dort ein Jahresmittelwert von 45 µg/m<sup>3</sup>, sowie mehr als 100 Überschreitungen des Tagesmittelwertes von 50 µg/m<sup>3</sup> pro Jahr. Diese Werte überschreiten die EU-Grenzwerte massiv. Die Stadtverwaltung hätte auf Grund dieser Ergebnisse handeln müssen. Entweder durch die Veranlassung von Messungen oder durch die Aufstellung eines Luftreinhalteplans. Im Gegensatz zu Heidelberg, wo zu diesem Thema extra eine Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, wurde in Leimen noch nicht einmal der Gemeinderat informiert. Wenn in Deutschland italienisches Recht gälte, hätte OB Ernst ein Problem. In Italien

müssen Bürgermeister, die in solchen Fällen untätig bleiben, mit bis zu zwei Jahren Haft rechnen.

Damit die Grenzwerte an den kritischsten Straßenabschnitten eingehalten werden, müssen alle Dieselfahrzeuge mit Partikelfiltern ausgerüstet werden. Aber wir sind noch weit davon entfernt, weil insbesondere die deutsche Automobilindustrie in diesem Punkt immer noch mauert. Bei den PKWs ist damit zu rechnen, dass in den nächsten Jahren eine Umstellung erfolgen wird. Bei den LKWs wird das Thema Partikelfilter jedoch immer noch nicht ernsthaft angegangen. Dabei stößt ein LKW pro km circa 25 mal so viel Feinstaub aus wie ein Diesel-PKW. Dass die Filtertechnik auch bei großen Fahrzeugen funktioniert, sieht man daran, dass die öffentlichen Unternehmen angefangen haben, die Busse mit Partikelfiltern auszurüsten. Aber die Eigentümer der gewerblich genutzten LKWs werden erst dann umrüsten, wenn sie dazu gezwungen werden. Eine sinnvolle Möglichkeit wäre die Sperrung derjenigen Straßenabschnitte für Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter, in denen die Grenzwerte für PM10-Stäube überschritten werden.

*Siegward Jäkel*



## Kleine Wahnachlese aus GALLiger Sicht

**Auch wenn die letzten Kommunalwahlen nun schon eine Weile her sind, wollen wir das Ergebnis des letzten Herbstes nicht unkommentiert lassen, zumal sich doch größere Veränderungen im Gemeinderat (GR) ergeben haben.**

Die GALL war die eindeutige Gewinnerin dieser Wahl (+3,4%). Wir konnten den Verlust aus der letzten Wahl wieder ausgleichen, unser verlorenes Mandat zurückholen und, wenn auch knapp, das beste Prozentergebnis unserer bisherigen politischen Existenz einfahren (15,5%). Und das, obwohl uns vier Jahre vorher unser kommunalpolitischer Widerpart Herbert Ehrbar abhanden gekommen ist. Viele dachten, dieser herbe Verlust werde auch die GALL treffen, fehle ihr doch die Reibungsfläche, an der sie sich profilieren kann. Dass die GALL genug eigenes Profil hat, um darauf nicht angewiesen zu sein, hat sich nun in dieser ersten Nach-Ehrbar-Wahl gezeigt, zumal auch die immer noch nicht abgeschlossene juristische Aufarbeitung der Ehrbar-Ära gezeigt hat, wie recht wir mit unserer Skepsis gegenüber seinem Handeln und der Willfähigkeit der damaligen Gemeinderatsmehrheit hatten.

Doch zurück zum Ergebnis 2004. Jenseits des Abschneidens der GALL sind die Prozentverschiebungen nicht leicht zu erklären, da der Abschied der SDW (fünf Jahre zu spät) die Ergebnisse natürlich verzerrt und Raum für Spekulationen lässt. Angesichts der Wählerstruktur der SDW gehen wir davon aus, dass weder die GALL, noch die FDP, die sich auf hohem Niveau (7,9%) stabilisiert hat, groß von deren Abgang profitieren konnten. Ein Teil der ehemaligen SDW-Wähler dürften wohl in die offenen Arme der SPD zurück gegangen sein, was es dieser ermöglichte, ihr Ergebnis ein wenig zu verbessern (auf 22,8%). Auch die FWV könnte durchaus profitiert und sich damit ihren vierten Sitz (mit 13,7%) verdient haben. Hauptnutznießer aber war sicherlich die CDU, die als Einzige der noch im GR vertretenen Parteien Prozente verloren hat (-2,6% auf 40,1%). Schließlich hatte sich die SDW-Fraktion mehrheitlich (Ausnahme J. Kohn) so stark an die CDU angelehnt, dass sie mit bloßem Auge nicht mehr zu unterscheiden war. Bei fast allen strittigen Entscheidungen der letzten Wahlperiode konnte sich die CDU auf Stern und Weber verlassen, so dass sie jetzt faktisch über vier Stimmen weniger verfügt, als in der vergangenen Wahlperiode. Damit ist diese Mehrheit im GR dahin, und man muss nun

wieder eher auf andere zugehen. Da passt es ganz gut, dass in der neuen Fraktion die Zahl der moderaten Räte zugenommen hat, während eine ideologische Scharfmacherin wie Frau Steinle zu Recht vom Wähler abgestraft wurde.

Damit lässt uns die neue Zusammensetzung des Gemeinderates zu-



**Dirk Agena**  
**Unser neues Gesicht im Gemeinderat**

mindest die Hoffnung darauf, dass die aktuelle Wahlperiode konstruktivere Politik bringt als die vergangene.

## Irritationen in Gauangelloch

Im kleinsten Ortsteil hat die GALL das beste Ergebnis erzielt. Das lag sicherlich auch an der aktiven Art, in der sich unsere damalige Ortsbeirätin Konstanze Hügel in die Ortspolitik einbrachte (beispielsweise die Aktion „Sifuk“). Konsequenterweise wurde sie für ihr Engagement dann auch von den Gauangellochern mit vielen Stimmen belohnt, was für einen Sitz im Gemeinderat gereicht hätte. Aber leider nur hätte, denn zwischen der Aufstellung der Gemeinderatsliste und der Wahl hatte sich im Hause Hügel die Lebenssituation verändert. Die zehn Jahre dauernde Suche nach einem neuen Domizil hatte Erfolg, leider nicht in Leimen.

Der Zeitpunkt war denkbar ungünstig, sowohl für die GALL, als auch für Konstanze Hügel selbst, denn wir hätten

sie gerne im GR an unserer Seite gehabt und sie hätte das Ehrenamt gerne angetreten.

Die Situation, die der Umzug der Familie Hügel nach Nussloch geschaffen hat, hat natürlich in der Gauangellocher Bevölkerung zu Spekulationen geführt.

Hat die GALL schon bei Aufstellung der Liste gewusst, dass Frau Hügel umziehen würde? Nein, auch uns traf die Nachricht überraschend und zu einem Zeitpunkt, als an der Liste nichts mehr zu ändern war. Und sicher kann niemand der GALL vorwerfen, jemals aus dubiosen Tricks politisches Kapital geschlagen zu haben.

Die Frage, die man berechtigterweise stellen kann, ist, ob man jemand aufstellen darf, von der man weiß, dass sie umziehen will. Wie schon gesagt, existierten diese Pläne schon seit vielen Jahren, was Konstanze Hügel in all der Zeit nicht daran hinderte, sich für ihren Wohnort einzusetzen – mehr als viele andere. Vor diesem Hintergrund, mit der nur vagen Aussicht auf einen Umzug irgendwann, schien uns das Risiko nicht zu groß und ein Platz auf der GALL-Liste ihrem Engagement durchaus angemessen.

Nun ist es anders gekommen und jeder, der Konstanze Hügel und die GALL kennt, weiß, wie sehr wir das bedauern.

Wir hoffen, damit zur Klärung der entstandenen Irritationen beigetragen zu haben, und so bleibt uns zum Abschluss nur noch, Konstanze Hügel für ihre geleistete Arbeit zu danken und ihr weiterhin alles Gute zu wünschen.

## Unsere RätInnen:

**Kreisrat:**  
Ralf Frühwirt

**GemeinderätInnen:**  
Dirk Agena, Ralf Frühwirt, Siegwald Jäkel, Michael Reinig, Petra Scheurig

**Ortsbeirat Leimen:**  
Klaus Mussler, Birgit Steidel

**Ortsbeirat St.Ilgen:**  
Stefan Becker, Ingrid Hörnberg

**Ortsbeirat Gauangelloch:**  
Dirk Agena, Gerhard Scheurich

## Was hat Leimen mit Globalisierung und fairem Handel zu tun?

Das zentrale Element der Globalisierung ist die zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaft. Im Klartext bedeutet dies, dass die Industrienationen ihren Lebensstil und ihr Wirtschaftsmodell auf große Teile der Welt ausdehnen - ein Modell, das auf Massenkonsum und zunehmenden Ressourcenverbrauch ausgerichtet ist und die Umwelt lediglich als kostenloses Rohstofflager und Abfalleimer ansieht.

Importe kollabieren die Märkte vieler Drittweltländer. Wenn sie versuchen, ihre eigenen Produkte in Europa zu verkaufen, stoßen sie auf Handelsbarrieren und Zölle, die die europäischen Landwirte vor der unliebsamen Konkurrenz schützen sollen.

Aus aller Welt stammen die Waren, die Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa selbstverständlich kaufen. Textilien aus Indonesien, Spielzeug aus China, Früchte und Weine aller Art aus südamerikanischen Ländern. Am Ende dieser Produktionsprozesse und gleichzeitig als wesentlicher Akteur in der Handelskette steht der Konsument, der

Exportware arbeiten? Kennen Sie die Lebensbedingungen der 43 Millionen Menschen, die 14 Stunden täglich bis zu 7 Tage die Woche für Hungerlöhne arbeiten? Wissen Sie von den durch die Weltgesundheitsorganisation WHO jährlich registrierten drei Millionen Vergiftungen und 220.000 Toten aufgrund ärmerlicher Arbeitsbedingungen beim Baumwollanbau.

Ungerechter Welthandel hält Menschen in Armut. Multinationale Konzerne betreiben unfairen Handel, Menschen werden ausgebeutet. Die Arbeitskräfte werden nicht nur schlecht bezahlt, es wird auch ihre Gesundheit bedenkenlos aufs Spiel gesetzt. Die Armen produzieren die Lebensmittel, die Reichen im Norden vergessen, dass das, was sie auf dem Teller haben, aus der Arbeit der Armen stammt. Weitere Folgen dieses unfairen Handels sind Umweltzerstörung, Kinderhandel und sexuelle Ausbeutung.

### *Was hat das alles mit uns hier in Leimen zu tun?*

**Ihr Patenkind geht zur Ersten Kommunion und Sie möchten ihm zur Erinnerung an diesen Tag ein goldenes Kreuz mit Kettchen schenken. Wissen Sie, wie und wo Gold gewonnen wird?**

Viele Edelmetall- und Edelmetallvorkommen befinden sich in Ländern der so genannten Dritten Welt. Die begehrten Bodenschätze werden möglichst billig und oft unter den schlimmsten Bedingungen für die Bergarbeiter und die Umwelt vor Ort gewonnen und verarbeitet. Das Geld für die Bergbauinvestitionen zur Goldgewinnung kommt häufig von großen internationalen Konzernen aus den USA, Kanada und Australien.

Den großen Goldkonzernen werden für die Produktion in der Dritten Welt kaum Auflagen gemacht, die eine umweltschonende Gewinnung sichern und mögliche Belastung durch Schadstoffe verhindern würden. Bei großen Tagebauanlagen wird die Urbevölkerung zwangsumgesiedelt. Angemessene Entschädigungen werden nicht geleistet. Nach dem Abbau melden die Goldbergbaugesell-

Die Globalisierung des Warenhandels hat sich für die reichen Industrienationen gelohnt. Die europäischen Agrarsubventionen und die (Nahrungsmittel-) Überproduktion, Getreideberge, Milchseen etc. werden durch Export abgebaut.

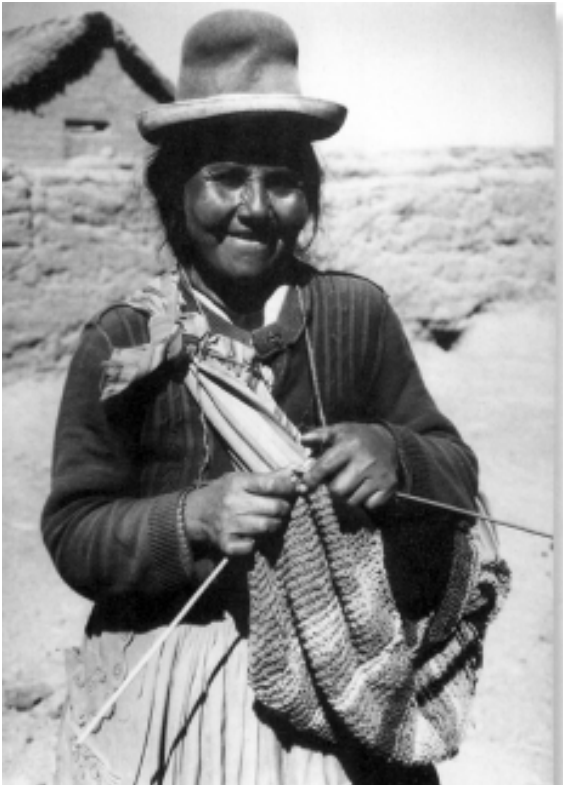
Die Preise sind so niedrig, dass die Bauern in der dritten Welt nicht mithalten können. Unter dem Druck der Billig-

hergestellten Produkte möglichst preiswert erwirbt. Doch was wissen Verbraucherinnen und Verbraucher aus Europa (und aus Leimen) über die Bedingungen, unter denen Produkte oder Rohstoffe in Asien, Afrika oder Südamerika produziert bzw. abgebaut werden? Was wissen Sie über die schätzungsweise 12 Millionen Kinder, die täglich für die Produktion billiger



schaften häufig Konkurs an und können dann keine Auflagen bzw. Regressforderungen im Falle von Umweltbelastungen erfüllen, wenn beispielsweise giftige Abbauprodukte die Flüsse oder den Boden kontaminieren. Die Einwohner des Landes bleiben mit den Umwelt- und Sozialproblemen allein.

**Wissen Sie, wo und unter welchen Bedingungen Ihr so super günstiges T-Shirt hergestellt wurde?**



Baumwolle wird überwiegend auf großen Plantagen in Monokulturen angebaut. Ein hoher Wasserverbrauch sowie ein starker Einsatz von künstlichen Düngemitteln sind die Regel. Bis zur Ernte wird sie zudem bis zu 25 mal mit Pflanzenschutzmitteln behandelt, z.B. Insektizide gegen Schädlinge. Darunter sind auch das bei uns längst verbotene DDT und andere ökologisch und toxikologisch bedenkliche Stoffe. Darüber hinaus werden bei maschineller Ernte Entlaubungsmittel angewendet. Die Folgen sind Vergiftungen bei Tausenden von Erntehelfern und Bauern, schwerwiegende Belastungen des Bodens und des Wasserhaushalts, Pestizidrückstände im Fleisch aus angrenzender Tierzucht. Ökologische Katastrophen, welche die Lebensbedingungen ganzer Regionen nachhaltig zerstören wie in dem Aralsee-Gebiet, beeinträchtigen schließlich auch den Baumwollertrag selbst.

**Wissen Sie, wo und unter welchen Bedingungen die Blumen, die Sie noch schnell Ihrer Frau am Freitagabend mitbringen wollen, wachsen und geerntet werden?**

Etwa 40 Euro pro Kopf – drei Milliarden Euro insgesamt – geben die Bundesbürger jährlich für Schnittblumen aus. Damit haben sie den höchsten Schnittblumen-Verbrauch in Europa. Doch nur 13 % werden auch hier erzeugt, der Rest stammt vor allem aus den südlichen Ländern wie Kolumbien, Ecuador, Kenia und Simbabwe. Über 200.000 Menschen arbeiten dort in der Blumenindustrie, davon sind etwa 65% Frauen und Kinder. Sie leisten in den Gewächshäusern schwere körperlich anstrengende Arbeit bei Aufzucht, Pflege und Ernte der Blumen, ohne spezielle Schutzkleidung, die sie vor dem Kontakt der pestizidbelasteten Blumen schützen. Die Gewächshäuser werden gar nicht oder zu kurz geräumt, wenn die Pestizide versprüht werden. Zum Teil werden noch Produkte verwendet, die bei uns seit Jahren verboten sind. Gesundheitliche Schädigungen, wie Kopfschmerzen, Schwindel, Augenerkrankungen, Atembeschwerden, Asthma, Ekzeme bis hin zu Nervenleiden, Fehlgeburten, Missbildungen, Organschädigungen und Krebs sind die Folge.

**Wissen Sie, wie und unter welchen Umständen das Spielzeugauto, das Sie Ihrem Sohn zum Geburtstag kaufen, hergestellt wurde?**

Der überwiegende Teil der Spielzeugartikel wird in Ostasien hergestellt. Die chinesischen Exporte beliefen sich im Jahr 2001 auf 8,7 Milliarden Euro. Durch Brände in Spielzeugfabriken in Thailand und China, bei denen auch viele Kinder, die dort arbeiteten ums Leben kamen, wurde 1998 die Öffentlichkeit auf die unwürdigen Arbeitsbedingungen aufmerksam. Ausbeutung, gravierende Verletzungen grundlegender Arbeitsrechte und katastrophale Sozialstandards kamen ans Licht.

**Was hat das alles mit uns hier in Leimen zu tun ? Welchen**

**Einfluss haben wir schon auf die nationalen Märkte und Konzerne?**

Wir können uns Gedanken darüber machen, wo die Produkte herkommen und unter welchen Umständen sie hergestellt werden.

Wir können beim Einkaufen nach Produkten mit Gütesiegel fragen.



Das **TRANSFAIR-Siegel** gewährleistet ein menschenwürdiges Einkommen, ausreichende Sozialleistungen und die Umstellung auf ökologischen Anbau. Teppiche mit dem **RUGMARK-Siegel** gewährleisten, dass der Teppich nicht von Kindern hergestellt wurde. Das **FLOWER LABEL** ist ein Siegel für Blumenanbau unter sozialen und ökologischen Standards. **FOREST STEWARDSHIP COUNCIL** ist ein Zertifizierungsverfahren für die Holzwirtschaft.

Bei Problemen, faire Produkte zu finden, können wir uns an den Kundenservice des jeweiligen Vertriebshandels wenden.

Wir können uns an Protest- und Unterschriftenaktionen gegen den ungerechten Handel beteiligen.

Wir können mit Freunden und Bekannten über diese Probleme reden.

Je mehr Verbraucherinnen und Verbraucher über die Produkte und ihre Geschichte wissen, desto eher können sie wirklich von ihrem Recht des freien Konsums Gebrauch machen.

*Maja Leiner*

**Mehr Informationen zu diesem Thema finden Sie im Internet unter: [www.oeko-fair.de](http://www.oeko-fair.de)**

## Impressum

Grüne Rundschau Leimen, erscheint unregelmäßig, Auflage 10.000

Herausgeber: Grün-Alternative Liste Leimen und Bündnis 90 / Die Grünen Ortsgruppe Leimen.

viSdP: Ralf Frühwirth, Weberstr. 18, 69181 Leimen

Internet: <http://www.gall-leimen.de>

## Auf dem Weg ins Glück

„Im Kinnagadde wäd ee nur de ganze Daag Kaffee gedrung-ge, un die Kinna schbiele hald ebiss!“ Auch wenn solche Äußerungen in unserem geheiligten Gemeinderatsgremium schon gefallen sind, und sich die Wertschätzung der Kindergartenarbeit auf Worte beschränkt, seit Pisa ist der Blick auf eine frühkindliche Förderung, also auch schon im Kindergarten, schärfer geworden. Die Erkenntnis, dass möglichst alle Kinder eine wertvolle Lern- und Reifezeit im Kindergarten durchlaufen sollten, hat sich nicht nur allgemein in unserer Gesellschaft herumgesprochen, nein, dieser Lehrsatz ist auch schon auf der Insel Leimen angekommen und wird inzwischen so auch im Gemeinderat zu hören sein, quer durch alle Farben.



*Auf der Suche nach Bildung*

Wenn mensch also will, dass alle Kinder in den Kindergarten gehen, um dort z.B. frühstmöglich mit der deutschen Sprache in Berührung zu kommen, aber auch um z.B. zu begreifen, dass Schlagen wehtun kann, dass mein Gegenüber nicht immer will, was ich will, dass Kompromisse ausgehandelt werden müssen, oder auch zum Beispiel, dass es einen Wald gibt, in dem man spielen kann, dass manche Bäume „Buche“ heißen, oder dass der Nikolaus in echt gelebt hat und Kindern half und sie nie in einen Sack steckte, wenn mensch also möchte, dass Kinder mit den unterschiedlichsten Vorerfahrungen im Kindergarten dazulernen, vielleicht bisher Versäumtes aufholen können sollen, zum Wohle unserer Gesellschaft, dann ist es wohl nur logisch, dass es allen Familien möglich gemacht werden muss, ihre Kinder in den Kindergarten zu geben. Auch den Familien, die mit jedem Cent rechnen müssen, und die aufgrund eigener Vorbildung nicht unbedingt die Notwen-

digkeit frühkindlicher Förderung erkennen können. Hilfreich, nein schlicht konsequent wäre hier die Möglichkeit des kostenlosen Kindergartenbesuches. Was in Bezug auf die Schule längst selbstverständlich ist, sollte uns für den Kindergarten nicht zu teuer sein. Dass ein solcher Vorschlag (noch) nicht (frau wird ja noch träumen dürfen) mehrheitsfähig ist, und das jetzt nicht nur in Leimen, war klar, als es vor kurzem im GR um eine Anhebung der Kindergartenengebühren ging. Unter anderem mit den Stimmen der GALL wurde eine Erhöhung abgelehnt, es bleibt bei den alten Beträgen. Ein Erfolg? Ein kleiner richtiger Schritt auf dem hoffentlich bald beschrittenen Weg zum Kindergarten für alle.

Wie ist das nochmal in den Ländern mit den besseren Pisa-Ergebnissen? ErzieherInnen erhalten eine mindestens Fachhochschulausbildung, sind gehaltsmäßig und was die Wertschätzung angeht, Lehrern gleich gestellt, die Vorschuleinrichtungen sind personell wesentlich besser ausgestattet, die Gruppen oftmals kleiner, die Wichtigkeit dieses Alters ist längst erkannt und die guten Konzepte durch gute äußere Bedingungen verwirklichtbar. Da brauchen wir hier in Deutschland, in Baden-Württemberg, in Leimen noch ein bisschen, bis Nachgeplappertes auch Praxis geworden ist und die „nur Kaffe-trinkenden“ Erzieherinnen aus allen Köpfen verschwunden sind.

## Trinkwasser bedroht

Für die meisten von uns ist es selbstverständlich, dass wir Trinkwasser haben, und dass es von einer sehr guten Qualität ist. Genauso selbstverständlich ist für uns, dass es von einem öffentlichen Unternehmen, dem kommunalen Eigenbetrieb, geliefert wird.

Dies ist jetzt in Frage gestellt durch die EU-Verfassung, Artikel III-166 (1). Demzufolge müsste die Wasserversorgung privatisiert werden. Ein öffentliches Unternehmen, das das Monopol bei der Trinkwasserversorgung hat, wäre dementsprechend gesetzwidrig.

Was ist dabei so besorgniserregend? Die Privatisierung öffentlicher Unternehmen bringt oft billigere Preise für den Verbraucher, und wer möchte mehr bezahlen als er muss? Wollen wir aber „billig“, oder wollen wir „preiswert“?

Bei der Erzeugung und Versorgung mit Trinkwasser durfte bisher kein Gewinn

erzielt werden, und deshalb hat sich die Trinkwasserversorgung innerhalb der folgenden Eckpunkte bewegt: hohe Qualität des Trinkwassers, genügende Menge für alle, laufende Instandhaltung der Rohrnetze, angestrebtes Ziel einer Erreichung eines niedrigen Pro-Kopf-Verbrauches durch Aufklärung, vorsichtiger Umgang mit den Wasserreserven, dauerhafter Schutz der Wassereinzugsgebiete.

Bei einer Umsetzung der entsprechenden EU-Artikel ist dies anders. Nur noch der freie Markt und der Gewinn zählt. Die Mitarbeiter der Wasserbetriebe sind nicht mehr dem Verbraucher verpflichtet, sondern den Eigentümern dieser Firmen. Je mehr Gewinn, desto besser. Einen höheren Gewinn erzielt man, indem man den Standard für die Qualität herabsetzt und dadurch weniger Kosten hat, diesen Standard zu erreichen.

Man kann auch die Infrastruktur für die Menge an lieferbarem Trinkwasser nicht am zu erwartenden maximalem Verbrauch, sondern am zu erwartenden Durchschnittsverbrauch ausrichten. Bei einem heißen Sommer fehlt dann ganz einfach Wasser.

Bei den Rohrnetzen ist es oft billiger, bei einem Rohrbruch den Wasserverlust in Kauf zu nehmen, als das Rohr zu reparieren, und es besteht zusätzlich zum Wasserverlust die erhöhte Gefahr, dass Keime in die Wasserleitung geraten. Ein privates Unternehmen ist an einem hohen Verbrauch interessiert, da dann mehr Geld in die Kasse kommt. Damit sind auch die Wasserreserven in den tieferen Erdschichten in Gefahr.



Auch der freie Wettbewerb führt zu einer Monopolstellung weniger großer Konzerne. Güter und Dienstleistungen der Grundversorgung dürfen nicht privatisiert werden, auch nicht durch EU-Verfassung.

## Blüten in Leimen

**Im dichtbesiedelten und intensiv genutzten Rhein-Neckar-Raum bieten nur noch die innerstädtischen Angebote an Nektar und Pollen ausreichend Nahrung für Bienen, Hummeln und Co.**

Wer jetzt im Spätfrühling oder Frühsommer durch Leimen geht, könnte denken, dass die Tafel für Nektarsammler reich gedeckt ist. Doch mit den Augen einer Biene gesehen, sieht es eher mager und unzureichend aus.



*Blühende Rosskastanie auf dem Friedhof in Leimen*

Leimen, zwischen der Monokulturlandwirtschaft der Rheinebene und dem dichtbewaldeten Abhang des kleinen Odenwalds gelegen, hat weit weniger für Blütenbesucher anzubieten, als möglich wäre.

Auf den Rasenflächen blühen manchmal Gänseblümchen und Löwenzahn ein kurzes Blütenleben. Bienen finden Gänseblümchen fade und Löwenzahn lecker, doch ein „ordentlicher“ Gärtner macht sie bald wieder platt. Im Frühling gibt es zwar die wertvollen Schneeglöckchen, doch dann kommen schon die nektarlosen Tulpen, gefolgt von der Geranienpracht in den Balkonkästen, die geradezu Bienen abwehren. Statt einheimischer Heckenarten mit vielfältigem Blütenangebot dominieren Scheinzypressenreihen, die kaum einem Vogel oder Insekt zu etwas Nutzen sind. Wenn im Sommer dann das letzte Rapsfeld in der Umgebung abgeblüht ist, statt nektarspendender Sonnenblumen die nektararmen Ölarten in Monokultur angebaut werden, und die letzten Linden- und Kastanienbäume verblüht sind, kann in Bienenvölkern schon der nackte Hunger herrschen; auch bei Hummeln, Wildbienen und Wespen kann

innerhalb von wenigen Tagen das ganze Nahrungsangebot wegbrechen, und die Tiere können ihre Brut nicht mehr füttern.

Noch vor 50 Jahren konnten sich Bienenvölker alleine aus den Getreidebeikräutern ernähren; heute ist das undenkbar; die Kornrade steht auf der Liste der bedrohten Pflanzenarten, und es kennt sie kaum noch jemand vom Sehen her. Noch vor 20 Jahren gab es vielfältig blühende Blumenwiesen; heute werden sie zur Silagegewinnung schon vor der Blüte abgemäht. So entstehen landwirtschaftliche Wüsten,

die außer einer einzigen Pflanze nichts mehr wachsen lassen und keinem Tier mehr Nahrung bieten.

Je mehr die Landwirtschaft unsere Tierwelt sterben lässt, desto wichtiger werden innerstädtische Räume. Hier kann jeder mit seinen Balkon- und Gartenpflanzen dazu beitragen, den Speisezettel für Insekten und Vögel zu erweitern und zu bereichern. Nicht nur der „Privatgärtner“ kann hier viel leisten, sondern auch die Gartenämter der Gemeinden, die Parks und Grünanlagen bepflanzen.

Warum denn nicht die schöne Fächerblume (*Scaevola aemula*) statt den Geranien in den Blumenkästen ziehen, die ähnlich ausdauernd und intensiv blüht. Eine einfache Faustregel ist: nur ungefüllte Blumen auswählen, da in den „gefüllten“, Zuchtformen die Staubgefäße und Nektardrüsen für Insekten nicht mehr erreichbar sind.

Im Garten kann ein Teil des englischen Rasens in eine Blumenwiese umgewandelt werden, die nur einmal im Jahr nach dem Abblühen gemäht werden muss. Gewürz- und Heilpflanzenblüten sind recht unscheinbar, können aber besonders im nah-

rungsarmen Spätsommer wichtig für die Nektarsauger sein. Borretsch und Beinwell sind hier sehr anspruchslose und lange blühende Arten; deshalb immer Blüten stehen lassen! Und wer Sedum-Arten (Fetthenne) gepflanzt hat, kann sich bis in den Oktober zu den Bienefreunden zählen.

Ins Gemüsebeet gehören Zwischen- und Gründüngerpflanzen, wie Phacelia, Buchweizen und Senf (möglichst gemischt gesät). Sie sanieren den Boden und sind der Insekten Blütenträume.

In Hecken- und Gehölzpflanzungen verwendet man am besten eine Mischung einheimischer Sträucher und Bäume. Weide und Hasel sind im Frühling wichtige Pollenspender (Eiweißquellen für die Brutaufzucht), später die Blüten der Obstbäume, sowie Hartriegel, Kornelkirsche, Eberesche und Pfaffenhütchen. Wer auf Exotisches nicht verzichten mag, dem stehen die 150 Arten der asiatischen Buddleja (Sommerflieder, Fliederspeer) zur Auswahl. Die stark duftenden Blüten ziehen Insekten magisch an und werden von Schmetterlingen regelrecht belagert. Die aufgezählten Arten sind nur eine kleine Auswahl aus einer Masse von Möglichkeiten. Genauere Details sind aus den unten angegebenen Adressen oder von Publikationen der Naturschutzbünde zu erhalten.

Im Allgemeinen sollte man sich und den Tieren etwas weniger Sauberkeit und mehr Beikräuter vor allem in Randstreifen und abgelegenen Ecken gönnen.

In Leimen sind die Klein- und Hausgärten für eine lebendige und gesunde Insektenwelt sehr wichtig, denn es fehlen Streuobstwiesen und andere blühende Freiflächen, wo es Artenvielfalt und langandauerndes Blühen in der Stadt gäbe. Jeder, dem auch nur ein Töpfchen Erde zur Verfügung steht, kann dazu beitragen.

Es geht hier nicht nur um ein paar hübsche Blumen mehr oder weniger, sondern um das Überleben vieler gefährdeter Wildbienen-, Hummel- und Schmetterlingsarten. Selbst unsere einheimische Honigbiene (*Apis mellifera mellifera*) ist durch das buchstäbliche Aushungern der vergangenen Jahrzehnte so geschwächt, dass sie Parasiten keinen Widerstand mehr leisten kann, und vor dem Aussterben steht.

Wie farblos, stumm und arm wird unsere Welt ohne diese Tiere.

[www.bluehende-landschaft.de](http://www.bluehende-landschaft.de)

[www.mellifera.de](http://www.mellifera.de)

[www.rieger-hofmann.de](http://www.rieger-hofmann.de)

## BWL für ArbeitnehmerInnen

Arbeiten Sie auch in einem großen Konzern? Heißt Ihr Chef nicht einfach nur Chef, sondern „Senior Chief Executive Director“ oder so? Dann wird es für Sie als human capital Ihres Unternehmens höchste Zeit, sich betriebswirtschaftliche Kenntnisse anzueignen. Wir liefern Ihnen dazu einige basics.

1. Checken Sie Ihre persönlichen Ressourcen. Jeder Mensch hat nur eine bestimmte Menge an Lebensenergie, an physischer und psychischer Kraft zur Verfügung. Diese gilt es, so effizient wie möglich einzusetzen.
2. Dazu bedarf es einer Marktanalyse. Überlegen Sie also genau, was (außer Geld) Sie von Ihrem Unternehmen als Gegenleistung für Ihre eingesetzte Lebensenergie bekommen. Machen Sie sich dabei frei von Sentimentalitäten, Ihr Unternehmen tut das auch im Bezug auf Sie. Denn in Zeiten des freien Austauschs von Waren und Kapital sind Sie als Humankapital ebenso leicht ersetzbar wie alles andere. Für Ihr Unternehmen sind Sie zwar absolut unverzichtbar, aber nur bis man einen kostengünstigeren Weg findet, Ihre Leistung zu produzieren.
3. In die Analyse sollten Sie nicht nur Ihre eigene Situation im Unternehmen einbeziehen, sondern auch dessen Umgang mit gesellschaftlichen Randgruppen, wie Frauen (die vielfach für die gleiche Arbeit immer noch schlechter bezahlt werden), ältere ArbeitnehmerInnen (31% der deutschen Betriebe stellen über 50-jährige nur dann ein, wenn sie Beihilfen bekommen; IAT-Studie) oder Behinderte (viele Großunternehmen leisten lieber Ausgleichszahlungen als ihre Quote zu erfüllen).
4. Sollte Ihre Analyse ergeben, dass Ihre Energie in anderen Lebensbereichen einen höheren Output bringt, ist Handeln gefragt. So wie Ihr Unternehmen unrentable Abteilungen schließt, sollten auch Sie vorgehen und sich auf Ihr Kerngeschäft konzentrieren – ein glückliches Leben zu führen.
5. Da dies nicht primäres Interesse Ihres Unternehmens ist, sollten Sie sich eine Businessstrategie überlegen, um weiter am Markt zu bleiben (also nicht gekündigt zu werden). So wenig wie der oberste Wahrer der Interessen der

Shareholder Ihnen erzählt, dass er Ihre Abteilung morgen nach Kuala Lumpur verlegt, wenn er heute von Ihnen Überstunden verlangt, sollten Sie ihm Ihre innere Kündigung auf die Nase binden (die bereits 18% der deutschen Arbeitnehmer vollzogen haben). Im Gegenteil, zeigen Sie Ihren Teamspirit, solange es Sie nichts kostet. Fahren Sie Ihre emotionale Beteiligung am Unternehmen gegen Null und strukturieren Sie Ihr Zeitbudget bei der Arbeit um – mehr Invest in die Performance, weniger in die Produktion.

6. Wenn Sie dies optimal umsetzen, rationalisieren Sie den Einsatz Ihrer Arbeitsenergie in Richtung geringst möglicher Einsatz bei höchst möglichem Erfolg. Binnen kurzem wird sich eine Effizienzrendite einstellen, in der Form, dass Sie mehr Lebensenergie übrig haben, die Sie in Ihre/n Partner/in, Ihre Kinder, Ihre Katze (wahlweise auch Hund oder Fisch), Ihre Freunde oder gar in ehrenamtliche Arbeit investieren können. Ein Investment, das sich sicher lohnt.

Ralf Frühwirt

Literatur zum Weiterlesen:

Heinrich Böll „Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral“

Corinne Maier „Die Entdeckung der Faulheit“



## Eine Frage der Ideologie

**Der Streit um die richtige Energieerzeugung und den besten Umgang mit Energie ist in Deutschland eher eine ideologische, als eine nüchterne Abwägung sachlicher Argumente. Umso erfreulicher, dass sich im Leimener Gemeinderat in dieser Beziehung etwas Positives getan hat.**

Zwei Artikel in der RNZ, Ende März, Anfang April, im Abstand von wenigen Tagen, zeigten wieder einmal, dass die Diskussion um die Energieerzeugung doch sehr ideologisch eingefärbt ist. Der erste handelte von baden-württembergischen Stadtwerken, die zwecks Erweiterung ihrer Stromkapazitäten neue Kraftwerksstandorte suchen (und damit sind keine AKWs gemeint). Die baden-württembergische Landesregierung winkte ab (vielleicht deshalb), investiert wird jetzt in NRW. Millionen an Investitionsmitteln und wohl auch einige Arbeitsplätze fließen ab. Ein paar Tage später erschien ein Artikel über die baldige Schließung des AKW Obrigheim. Hier wurde insbesondere der Wegfall der Arbeitsplätze beklagt, ein Horn, in das auch die Landesregierung schon seit Jahren stößt. Wäre die Regierung nicht so fixiert auf die Weiterführung der Atomkraft, hätte sich vielleicht ein Weg finden lassen, die Interessen der Stadtwerke mit denen der Gemeinde Obrigheim in Einklang zu bringen. Aber anscheinend passt eine darniederliegende Ex-Atomgemeinde besser ins politische Kalkül, als eine Kommune, die den Umstieg zu anderen Energien locker verkraftet.

Interessant ist hierzulande auch die Debatte um die Windkraft. Ohne alle Argumente der letzten Monate noch einmal aufgreifen zu wollen, will ich hier nur einige blinde Flecken aufzeigen, die nur mit Ideologie zu erklären sind.

1. Windkraft wird subventioniert, ist deshalb böse und schlecht für Deutschland, verkünden unablässig ihre Gegner. Tatsächlich wurde und wird fast jede Energie hierzulande subventioniert, insbesondere die vielgepriesene billige Atomkraft. Ohne staatliche Subventionen stünde heute kein einziges AKW in Deutschland (wohl auch nicht weltweit). Der Unterschied ist nur – und darum klagt auch die Industrie darüber, die von subventionierter Energie am meisten profitiert – dass die Windkraft vom Energieverbraucher bezuschusst wird und nicht vom Steuerzahler, weil die erhöhten



# PARK FEST

am Sonntag, den 5. Juni 2005

Einspeisevergütungen, die die Energieversorger zahlen müssen, auf alle Kunden umgelegt werden, statt über die allgemeinen Steuertöpfe finanziert zu werden, wie beispielsweise die Eigenheimzulage oder die Pendlerpauschale.

2. Windkraft lohnt sich nicht in unserer Gegend, deshalb darf sie hier nicht aufgebaut werden. Es ist seltsam, solche Worte ausgerechnet von den Vertretern des freien Unternehmertums und der unregulierten Märkte zu hören. Streng nach dem Motto: Die Partei weiß, wo der Wind weht.
3. Windkraft verschandelt die Umwelt und killt Fauna und Flora. Auch in Leimen hörte man solche Argumente, als es um die Windkraft in der Region ging. Ausgerechnet in Leimen, wo die Mehrheit des Gemeinderates eine Umgehungsstraße über ein Naturschutzgebiet legen ließ, sich gegen die Ausweitung des Fauna-Flora-Habitats im Leimener Wald aussprach und das Landschaftsschutzgebiet möglichst klein halten wollte. Gegen Hochspannungsleitungen oder Handymasten wurden solche Bedenken nie laut, seltsam, nicht?

Aber in Leimen hat sich auf dem Energiesektor in der letzten Zeit einiges getan – nicht was die Windkraft angeht, die ist nach wie vor tabu. Aber immerhin gab es den Beschluss (GR 8/04, TOP10), einem Unternehmen zu erlauben, auf einem öffentlichen Dach eine Solaranlage zu errichten und zu betreiben. Was es andernorts längst gibt, darf hier durchaus als Erfolg langjähriger Überzeugungsarbeit verbucht werden.

Das gilt auch für den jüngst gefassten Beschluss, ins Energiecontracting mit einer privaten Firma einzusteigen. Solche Contractingfirmen sanieren öffentliche Gebäude nach dem Prinzip der besten Energieeffizienz und finanzieren sich über die eingesparten Energiekosten, die ihnen über einige Jahre zufließen. Die Kommune hat zunächst den Vorteil sanierter Gebäude (ohne eigenes Geld) und in steigendem Maß auch Einsparung von Energiekosten.

Nachdem der erste Anlauf – damals noch mit dem alten Gemeinderat – noch abgelehnt wurde, gab es diesmal eine Zustimmung.

## Rathausumzüge

**Reichlich Diskussionsstoff boten in den vergangenen Monaten Leimens diverse Rathäuser. Während die CDU das Kurpfalzzentrum wegen zu hoher Mieten schnellstmöglich räumen wollte und dafür auch einen Standort sonstwo in Kauf genommen hätte, warf sie der GALL andererseits – wahrheitswidrig – vor, die Amtsverwaltungen in St. Ilgen und Gauangeloch aufgeben zu wollen.**

Was Ende 2003 mit einem Paukenschlag begann, nämlich mit der Verweigerung der Gemeinderatsmehrheit, den neuen Mietvertrag im Kurpfalzzentrum (mit erhöhten Mieten) zu akzeptieren, ist zu einer langen zähen Hängepartie geworden, die sich mittlerweile über eineinhalb Jahre hinzieht. Natürlich wurde der Mietvertrag dann doch abgeschlossen, nur über zwei Jahre, also bis Ende 2005 und zu schlechteren Bedingungen. Denn das immer wieder angeführte Argument, wir müssten keine höheren Mieten zahlen, weil überall die Gewerbemieten sinken, hilft einem nichts, wenn man keine Alternative hat. Die haben wir heute so wenig wie damals. In einer Marktwirtschaft bestimmen Angebot und Nachfrage den Preis. Und da das Kurpfalzzentrum für die Belange der Stadt gegenwärtig so eine Art Monopolanbieter ist, sind wir ihm ausgeliefert. Zumindest bis auf weiteres.

Denn die billigen Büroräume, die die CDU 2003 anführte, lagen nun einmal alle nicht im Stadtzentrum von Leimen, sondern beispielsweise in Rohrbach Süd. Und die Verwaltung zur Firma Karcher ins Gewerbegebiet Nord auszulagern konnte wohl nur der CDU einfallen.

Bis heute gibt es denn auch keinen gangbaren Weg aus dem Kurpfalzzentrum heraus, trotz all der großen Worte und dem Auftrag an die Stadt, nach Alternativen zu suchen. Ein Neubau eines Verwaltungsgebäudes jedenfalls, wie ihn sich manche erträumten, offensichtlich geblendet von billigem Baugeld, ist auf Jahre hinaus nicht in Sicht. Trotz der günstigen Zinsen würde er die Mietkosten im KCL weit übertreffen. Und die Alternative, die Verwaltung auf etliche Liegenschaften zu verteilen, konnte niemand ernsthaft in Erwägung ziehen, sowohl aus organisatorischen, als auch aus Servicegründen heraus. Konsequenterweise hat denn auch der Gemeinderat mittlerweile beschlossen auf weitere zehn Jahre im KCL zu bleiben.

Ein Service, den die Stadt ihren Einwohnern bietet, auch mit der Unterstützung der GALL, sind die Amtsverwaltungen in St. Ilgen und Gauangeloch. Hier wurde der GALL vorgeworfen, wir wollten diese Verwaltungen schließen und die BürgerInnen der Ortsteile aufs Leimener Rathaus zwingen. Da hat jemand wieder einmal nicht richtig zugehört.

Ausgehend von dem Gedanken, dass ein modernes Bürgerbüro (eventuell nach Heidelberger Vorbild) in jedem Ortsteil entstehen soll, stellten wir in der Haushaltsstrukturkommission den Antrag zu prüfen, ob die Rathäuser in Gauangeloch und St. Ilgen nicht überdimensioniert seien und es günstigere Alternativen gäbe.

**Kurz gesagt: Weniger Geld für Räume, mehr für den Service vor Ort!**

Leider ist diesem Vorschlag bis heute niemand gefolgt.



*Hotel de Ville/Paris (Rathaus)*

Auch die GALL beteiligte sich aktiv an der europaweiten Suche nach einem Ausweichquartier für die Verwaltung. Eine Delegation der GALL begab sich im

Frühjahr 2005 zu Gesprächen nach Paris. Unbestätigten Gerüchten zufolge sollen in diesem Gebäude noch einige hundert Quadratmeter Kellerräume leer stehen.

# Wildwest in der Fasanerie –

## 2. Fortsetzung

**Öffentliche Grünflächen - was bisher geschah:**

Die Gemeinde hatte 2/3 der im Bebauungsplan „Fasanerie I“ ausgewiesenen öffentlichen Grünflächen verkauft und bebaut und dann nochmals ca. 2000m<sup>2</sup> an 18 private Anlieger verpachtet, so dass nur noch ca. 3000m<sup>2</sup> als öffentliche Grünfläche für die 4500 Einwohner der Fasanerie übrig blieben. Diesen rechtswidrigen Zustand wollte die Gemeinde nachträglich legalisieren und brachte in der Gemeinderatssitzung am 27.11.2003 einen entsprechenden Antrag ein, welcher aber vom Gemeinderat abgelehnt wurde.

Danach tat sich gar nichts mehr. Am 30.03.04 fragte ich beim Regierungspräsidium Karlsruhe nach, nach wieviel Zeit ich eine Änderung des rechtswidrigen Zustandes verlangen kann. Mir wurde am 16.06.04(!) geantwortet, dass die Gemeindeverwaltung in einer der nächsten Sitzungen erneut eine entsprechende Beschlussvorlage einbringen werde. Eine abschließende Entscheidung des Gemeinderates sei in der Sitzung vom 27.11.03 nicht erfolgt.



*Wo kämen wir da hin, wenn jeder wissen wollte, was die Stadtverwaltung so macht.*

Danach tat sich wieder nichts. Am 14.02.05 fragte ich erneut beim Regierungspräsidium an, wieviel Zeit vergehen darf, bevor ein Gemeinderatsbeschluss

umgesetzt wird. Hierzu habe ich noch keine Antwort erhalten.

Am 16.03.05 lag bei der Ortsbeiratssitzung St.Ilgen der gleiche Vorschlag zur Bebauungsplanänderung vor, welcher schon vom Gemeinderat am 27.11.03



abgelehnt worden war. Er wurde einstimmig vom Ortsbeirat abgelehnt. Der Ortsbeirat gab eine schriftliche Begründung für die Ablehnung des Antrages ab und erklärte darin, dass er unter Einhaltung bestimmter Bedingungen einer Änderung zustimmen würde. Es wird 1. gefordert, dass die Gesamtfläche des öffentlichen Grüns erhalten bleibt, indem die Fläche, welche an die Anlieger gegeben wird, durch die Umwidmung von privater städtischer Grünfläche in öffentliche städtische Grünfläche ausgeglichen wird. Weiter wird 2. gefordert, dass der Zugang zur öffentlichen Grünfläche rechtlich gewährleistet ist und dass 3. nicht unter Wert verpachtet bzw. verkauft wird.

Da die Stadt Leimen Eigentümer von 2 ha privatem Grünland ist, welches unmittelbar an die öffentliche Grünfläche anschließt, wäre Bedingung 1 und 2 problemlos zu erfüllen. Warum die Stadt dies bisher nicht wollte, bzw. sich sogar so benahm, als gäbe es diese 2 ha nicht, wäre Gegenstand von Spekulationen.

**Private Grünflächen – was bisher geschah:**

**Es war auch dagegen protestiert worden, dass die Stadt landeseigene Flächen ohne Kenntnis und Zustim-**

**mung des Landes an Anlieger verpachtet und besondere Freunde besonders begünstigt hatte. Bürgermeister Sauerzapf erklärte in der Gemeinderatssitzung am 27.11.03, dass alles mit rechten Dingen zugegangen sei.**

In meinem Brief an das Regierungspräsidium am 30.03.04 hatte ich geschrieben, dass ich von der Stadt Leimen keine Antwort auf meine Frage bekommen hatte, wer und wann die Erlaubnis gegeben hat, dass die Stadt landeseigene Flächen weiterverpachten darf. Das Regierungspräsidium antwortete mir, dass das Bürgermeisteramt Leimen mir bereits mitgeteilt hat, dass es ihm erlaubt sei, diese Flächen zu ver-

packten. Im übrigen sei nicht erkennbar, auf welcher rechtlichen Grundlage das Bürgermeisteramt Leimen verpflichtet sei, mir Einzelheiten über die rechtlichen Beziehungen zwischen Gemeinde und dem Land mitzuteilen. Diese bemerkenswerte Aussage macht deutlich, wie sehr öffentliche Stellen noch in altem obrigkeitstaatlichem Denken verhaftet sind. Der Bürger hat zu zahlen, aber nicht nachzufragen. In dieser Beziehung könnte man sich ein Beispiel an Schweden nehmen, wo es ein selbstverständliches Recht auf freien Informationszugang zu öffentlichen Vorgängen und Vereinbarungen gibt.

Ich habe dann am 14.02.05 wieder geantwortet und gefragt, wieso ich als Bürger kein Recht habe, Vereinbarungen nachzufragen, welche zumindest die Möglichkeit der Vorteilsvergabe beeinhalteten, und wieso sich das Regierungspräsidium mit einer Antwort des Bürgermeisteramtes begnügt und sich nicht die entsprechenden Unterlagen vorlegen lässt. Auf diesen Brief habe ich bis heute keine Antwort erhalten.

Aufgrund der Vorkommnisse der letzten Jahre halte ich es für angebracht, den Vorgängen im Rathaus gegenüber sehr aufmerksam zu sein.

*Ingrid Hörnberg*

Der am nächsten gelegene biologisch wirtschaftende Bauernhof ist der Markushof in Maisbach. Von Leimen über Nußloch sind es etwa 5 km auf der Autostraße. Man kann aber auch vom Leimener Waldsportplatz aus, auf einem Forstweg zu Fuß oder mit dem Rad zum Markushof gelangen. Der Hof hat eine Fläche von 45 ha und 20 Milchkühe.

## Markushof feiert Jubiläum

Vor 10 Jahren zogen die Rinder des Markushof in Nußloch-Maisbach in ihren neuen Stall ein. Da es in dem alten Stallgebäude zu eng war, um einen artgerechten Ausbau zu verwirklichen, entschloss sich der Bioland-Bauer Markus Schmutz zu einem kompletten Stall-Neubau.

In dem 2-Raum-Tiefstall leben die Tiere des Hofes jetzt schon im 10. Jahr. Eine Ebene ist die mit Stroh eingestreute Liegefläche, die zweite, höher liegende ist als befestigter Fressplatz eingerichtet. Genügend Platz zum Herumlaufen und ein an den Stall anschließender Auslauf, der für die Kälber und Kühe ständig zugänglich ist, erlauben eine artgerechte Tierhaltung, wie sie sich Markus Schmutz für seine Tiere immer gewünscht hat. In den nächsten Jahren soll auch für die Jungbullen ein Auslauf hinzukommen.

Die Jungrinder leben von April bis November außerhalb des Stallgeländes auf verschiedenen Weiden, was aber mit den Milchkühen nicht leistbar ist.

Diese muss Markus Schmutz zweimal am Tag zum Melken treiben. Im Melkstand ist es dem Bauern jetzt wesentlich leichter

seine Kühe morgens und abends alleine zu melken.

„Für das Leben der Tiere und auch für meine tägliche Arbeit war es die richtige Entscheidung“ freut sich Markus Schmutz heute noch.

Doch nicht immer ist es die reine Freude, was dem Außenstehenden als spaßig erscheinen mag. Besonders wenn die herumlaufenden Kühe mal wieder nicht so wollen wie der Bauer. Da will dann eine Kuh absolut nicht in den Melkstand laufen, weil es ihr am Futtertrog besser gefällt, oder sie treibt sich mit den Kälbern im Freien herum und will den Eingang zum Stall nicht finden. Ganz davon zu schweigen, wenn die Jungrinder mal wieder auf eigene Faust einen neuen Weideplatz außerhalb des Zaunes suchen. Dann ist auf dem Markushof auch mal ein lautes Schimpfen zu hören, denn nicht selten verlängern solche Extraeinlagen den eh schon harten Arbeitstag.

Für alle, die gerne einen Blick in den Stall werfen wollen, besteht dazu beim täglichen Milchverkauf Gelegenheit. Von Montag bis Freitag zwischen 18.30 und 19.30 Uhr kann die frische Rohmilch direkt am Stall in Maisbach geholt werden, am Wochenende auch während der Hofladen geöffnet ist. Dort gibt es für dieses Jahr eine Neuerung. Freitags öffnet der Hofladen jetzt bereits um 16 Uhr. Bis 19 Uhr und samstags von 10 bis 13 Uhr wird hier das eigene Gemüse, Getreide und Rindfleisch sowie Frisches von anderen Biobetrieben der Region angeboten, teilweise auch ausländische Bioware, um die saisonale Auswahl zu erweitern. Daneben gibt es Milchprodukte, Käse, Brot und weitere Naturkostprodukte zu kaufen.

## Leimener Lieblingsplätze

### Das stille Örtchen im St. Ilgener Sporthallenkomplex

Da sage nochmal irgend jemand, die Stadt Leimen sei arm dran.

Ach was!

In Leimen wird luxuriös gelebt. Aus dem Vollen geschöpft. Die Annehmlichkeiten des Lebens genossen. In allen Positionen kann mensch in Leimen einen warmen Segen erwarten. Ganz besonders in der sitzenden Position auf einem stillen Ört-



chen beim Verrichten natürlicher Geschäfte so mal zwischendurch im Sporthallenkomplex in St. Ilgen. Möchte mensch anschließend das Unvermeidliche beseitigen, so können die Segnungen der reichen Stadt hautnah erlebt werden. Das alles bereinigende Wasser ist warm, fast heiß, was da aus den Rohren herausläuft. Eventuelles Spritzwasser also vertreibt die Sitzenden nicht frühzeitig aus ihrer bequemen Position, nein, es lädt ein, doch noch ein wenig im angenehm warmen Dunst zu verweilen. Ungelogen.

Ungläubige haben allerdings nach eingehender Untersuchung dieses Ortes der Entspannung die These aufgestellt, dass des Rätsels Lösung in zwei sehr eng aneinander liegenden, nicht isolierten, kaltes und heißes Wasser transportierenden Rohren läge.

Nicht isoliert, Hitze wird so stark abgegeben, dass kaltes Wasser als warmes Wasser fließt. Luxuriös, dieses arme Leimen. Mit Stil dem Abgrund entgegen. Respekt!



## Regenwald auf deinem Brot.

Wußten Sie, dass Sie bei der Zerstörung der Regenwälder mithelfen, wenn Sie zum Beispiel einen Schokoriegel, einen Lippenstift oder Waschmittel kaufen? Nur wenige Leute wissen, dass sie möglicherweise jeden Tag, an dem sie kraftvoll zubeißen oder sich genüsslich die Haare waschen, einen Beitrag zur Abholzung der letzten Urwälder leisten. Aber die Wälder brennen - auch ohne dass wir es hier in Leimen bemerken.

Jedes dritte Produkt aus dem Supermarkt enthält Palmöl. Mit Palmöl läuft das Geschäft besonders in Deutschland wie geschmiert. Nach den Niederlanden sind wir bei allen Palmölprodukten insgesamt der wichtigste Importeur in der Europäischen Union, beim Palmrohöl mit 57% sogar absolute Spitzenreiter.

Die Ölpalme wächst ausschließlich im tropischen Tiefland und steht damit in direkter Konkurrenz zum immergrünen Regenwald. Für die verheerende Brandkatastrophe 1997/98 in Indonesien werden vor allem Palmölkonzerne verantwortlich gemacht. Auch heute noch roden die großen Konzerne illegal den Regenwald, um Platz für schnellwachsende und profitbringende Ölpalmpflanzungen zu schaffen. Seit 1985 hat sich die Fläche der Plantagen versechsfacht. Ein Ende der Zerstörung ist nicht in Sicht. Der Boden wird so

lange mit Pestiziden vollgepumpt, bis der maximale Ölertrag erzielt ist, und dann muss eine neue unverbrauchte Fläche her. Durch Holzeinschlag des wertvollen Tropenholzes und Nutzung der kahlen Fläche für die Ölpflanzungen schlagen die Unternehmen sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe. Das hat katastrophale Folgen für die dort lebenden Tiere und Menschen, aber auch für den ganzen Globus. Denn die Abholzung der Regenwälder verändert langfristig das Klima



und führt so zu Naturkatastrophen. Auf den Plantagen werden Menschenrechte verletzt. Die Löhne sind zu niedrig, die Arbeiter erleiden schwere Gesundheitsschäden durch eingesetzte Chemikalien, ihr Land und damit ihre Lebensgrundlage wird ihnen illegal von den Unternehmen weggenommen. Zusätzlich werden durch den Verlust von Lebensraum 80 bis 100% der dort lebenden Säuger, Vögel und Reptilien vernichtet.

Wer versucht, Palmöl durch Lesen der „Zutaten“- Deklaration auf den Produkten auf die Schliche zu kommen, tappt meistens im Dunkeln. Palmöl versteckt sich oft

als „pflanzliches“ oder „vegetables“ Öl in Margarine und Brötchen, in Schokoriegeln, Suppen und Speiseeis, Keksen, Chips und Müsli. In Seifen, Waschmitteln und Kosmetika ist es noch schwieriger, die Tropenöle zu erkennen. Palmöl verwendende Firmen sind unter anderem Procter&Gamble

(Ariel, Lenor, Meister Proper), Henkel, Kraft (Miracoli, Milka etc.), Kellogs und viele andere.

### ***Was tun? Nicht mehr essen und nicht mehr waschen?***

Um die Zerstörung des Regenwaldes und seine katastrophalen Folgen nicht zu unterstützen, muss man nicht in Askese leben. Aber kritische und denkende Verbraucher sollten anfangen zu hinterfragen, was man eigentlich isst und womit man sich wäscht. Wenn wir den Firmen mitteilen, dass wir uns nicht mehr länger unbewusst an der Ausbeutung beteiligen wollen und ihre Produkte nur kaufen, wenn sie unter sozial und ökologisch vertäglichen Bedingungen hergestellt werden, können wir schon etwas erreichen. Bis sich etwas in dieser Richtung bewegt, kann man auf andere (Bio-) Produkte ausweichen.

*Maja Leiner*

**Mehr Informationen zu diesem Thema finden sie im Internet unter:  
[www.oeko-fair.de](http://www.oeko-fair.de)**

## Liebe LeserInnen,

wieder einmal ist es geschafft, eine Grüne Rundschau liegt vor Ihnen. Die GALL macht damit ihren Anspruch wahr, nicht nur in Wahlzeiten über Politik zu informieren, sondern die Leimener BürgerInnenschaft immer wieder (so wie wir es uns personell und finanziell leisten können) politisch auf dem Laufenden zu halten. Dabei nutzen wir unsere eigene Zeitung auch dazu, über den Leimener Tellerrand hinaus zu blicken (was in der RaRu nur schwer möglich ist) und auch nationale und internationale Themen aufzugreifen.

Natürlich soll die GrüRu ein Angebot zum Dialog sein. Wenn Sie also Lob oder Tadel zu spenden haben, melden Sie sich bei uns. LeserInnenbriefe sind erwünscht und werden beantwortet.

Unsere Kontaktadressen für die einzelnen Stadtteile sind:

- Petra Scheurig, Weberstr. 18,  
Tel. 80434, Email: pemisch@web.de

- Siegward Jäkel, Heltenstraße 11,  
Tel. 78978,  
Email: Siegward.Jaekel@t-online.de

- Dirk Agena, Im Neurott 13,  
Tel. 06226/991432,  
Email: biokiste@t-online.de

GRÜNE und GALL treffen sich jeden Dienstag ab 20.00 Uhr im Elisabeth-Bildstein-Zimmer, im Kurpfalzhallenkomplex in St.Ilgen.

Die Sitzungen sind öffentlich, jede/r ist willkommen.

Unsere Internetadresse:  
www.gall-leimen.de

Wenn sie unsere Arbeit finanziell unterstützen wollen:

Bündnis 90/Die Grünen Leimen, Postbank Karlsruhe, BLZ 66010075, Kto 230693750 (Stichwort: Spende für den OV Leimen)

## Harz IV und die Ein-Euro-Jobs

Vor dem 1. Januar 2005 erhielten Arbeitslose während einer bestimmten Zeitdauer Arbeitslosengeld und danach Arbeitslosenhilfe. Jetzt ist es so, dass man ein Jahr lang Arbeitslosengeld erhält und danach Arbeitslosengeld-II (ALG-II). Das bedeutet, dass man die Arbeitslosenhilfe gestrichen und eine neue Art Sozialhilfe für Arbeitslose geschaffen hat. Diese orientiert sich nicht mehr am früheren Verdienst, und es ist egal, ob man vorher 5 Jahre, oder ob man 30 Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat.

Außerdem wurde die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, dass der Arbeitslosengeld-II-Empfänger gezwungen werden kann, für einen Euro in der Stunde gemeinnützig zu arbeiten, ansonsten kann ihm das ALG-II verweigert werden.

In vielen Kommunen werden gerade Überlegungen angestellt, wie man Ein-Euro-Jobs schaffen kann. Es werden Einsatzmöglichkeiten in Altenpflegeeinrich-



tungen, Kindertagesstätten, in Sportvereinen usw. diskutiert.

Die Artikelverfasserin ist aus mehreren Gründen der Ansicht, dass die Ein-Euro-Jobs rechtlich und moralisch zu beanstanden sind.

Fallbeispiel:

Ein Arbeitnehmer wird nach einem Jahr Arbeitslosigkeit zum Arbeitslosengeld-II-Empfänger und muss fast alle finanziellen Reserven aufbrauchen, was auch bedeuten kann, dass er sein Haus verkaufen und in eine kleinere Wohnung ziehen muss.

Dann erhält er für sich ALG-II-Gelder, pro Person sind dies knapp 350,- € im Monat als Regelleistung, und für sein Wohneigentum werden ebenfalls bestimmte Zahlungen übernommen. Er wird dann aufgefordert, für einen Euro in der Stunde z.B. die städtischen Parkanlagen zu pflegen, weil dies gemeinnützig ist. Er tut dies in diesem Beispiel drei Jahre.

Während dieser drei Jahre hat er als ALG-II-Empfänger für sich selbst ca. 12.000,- € als Regelleistung erhalten. Dazu kommen noch die Gelder aus dem Ein-Euro-Job.

Dann stirbt der Arbeitslose. Seine Erben müssen nun im Rahmen der Erbenhaftung mindestens diese 12.000,- € aus ihrer Erbmasse zurückzahlen, weil der Verstorbene mehr als 1.700,- € erhalten hat, mehr als 15.000,- € Vermögen vorhanden ist und noch keine 10 Jahre seit dem Erhalt dieser Summe vergangen sind.

Die Artikelverfasserin könnte vielleicht noch nachvollziehen, wenn verlangt wird,

dass die Regelleistung zurückbezahlt werden muss, wenn der Verstorbene sie erhalten und keine Gegenleistung in Form von Arbeit gebracht hätte. Wenn aber der Verstorbene gearbeitet und nur einen Euro in der Stunde als Lohn ausbezahlt bekommen hat, so ist diese Regelung nicht akzeptabel.

Sinnvoller wäre es, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen anzubieten, die zwar niedrig bezahlt werden, aber sozialversicherungspflichtig sind, oder aber man bietet Arbeitslosen an, freiwillig in Maßnahmen zu arbeiten, welche der Allgemeinheit dienen und ein konkretes, zeitlich begrenztes Projekt umfassen (Hochwasserschutz, Krötenschutzzäune). Statt Entlohnung sollten Fahrtkostenerstattung, Essen, Trinken und Arbeitskleidung selbstverständlich gestellt werden. Mit diesen alternativen Maßnahmen wären Erben zu Recht vor Rückzahlungen geschützt.

Da sehr viele Arbeitnehmer, auch in der Gemeinde Leimen, vor Renteneintritt arbeitslos und diesen Fall konkret erleben werden, lohnt es sich, über die Konsequenzen der Ein-Euro-Jobs nachzudenken. Hoffentlich beteiligt sich die Stadt Leimen nicht an solchen Projekten.

Das diesjährige Menzerparkfest findet am Sonntag, den 5. Juni 2005 statt. Es beginnt um 12 Uhr und endet um 18 Uhr.

Musik: „Dry Light“

Fahrradflohmart

# PARK FEST

